

## **Protokoll:**

Ratsmitglied Schupp befürchtet, dass Fahrzeughalter die den Abfall in den vorgesehenen Containerstandorten entsorgen möchten, ihre Kfz auf der Straße abstellen.

Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob im Bereich der vorgesehenen öffentlichen Grünfläche die Möglichkeit besteht, Haltebuchten einzurichten.

Herr Beigeordneter Flöck erklärt, dass die Verwaltung prüfen wird, ob im näheren Bereich des Containerstandortes, auch Haltebuchten eingerichtet werden können.

EB 70, Herr Mannheim, führt aus, dass der nun vorgelegte Planentwurf im Vorfeld mit Amt 61 und Amt 66 abgestimmt worden sei. Der Wunsch nach Einrichtung einer Parkbucht werde durch die Verwaltung geprüft.

Amt 61, Herr Hastenteufel, spricht sich gegen eine weitere bauliche Beeinträchtigung der vorgesehenen Freifläche aus.

Ausschussmitglied Kurz spricht sich dafür aus, an den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes festzuhalten und hiervon nicht abzuweichen.

Ratsmitglied Lütge-Thomas bittet die Planungen dahingehend zu ergänzen, eine Fahrradabstellmöglichkeit anzubieten. Außerdem bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob eine duale Querungsmöglichkeit eingerichtet werden könne. Er bittet die Verwaltung sicherzustellen, dass die in dem Planentwurf vorgesehenen Bankstandorte auch ausreichend durch Bäume beschattet werden.

EB 67, Herr Stracke, erläutert, dass der Bau einer Querungshilfe nicht vorgesehen sei. Die Errichtung einer Fahrradabstellmöglichkeit werde jedoch überprüft.

Ratsmitglied Kühnenthal hält die Kosten der vorgesehenen öffentlichen Grünfläche für unverhältnismäßig hoch. EB 67, Herr Stracke, erläutert im Anschluss die Zusammensetzung der ermittelten Kosten.

Neben der Versetzung von Versorgungskästen der Telekom, die sich auf ca. 80.000 € belaufen, müssten auch Unterflurcontainer realisiert werden. Die Kosten hierfür belaufen sich ebenfalls auf ca. 80.000 €.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Bohlender erklärt Herr Beigeordneter Flöck, dass im Bereich der geplanten öffentlichen Grünfläche auch keine Bushaltestelle vorgesehen sei. In diesem Zusammenhang weist Herr Beigeordneter Flöck auf die Festsetzungen des beschlossenen Nahverkehrsplanes.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt der Vorlage mehrheitlich, mit 1 Gegenstimme, zu.